

Seelsorge im Kriegsfall: Arbeitspapier der Kirchen Deutschlands

8 Mai 2026 16:15 Uhr

Die Kirchenverbände manifestieren mit einem "Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche" ihren inhaltlichen Schulterschluss zur politischen Mobilmachung in Berlin. Das Papier präsentiert die vermeintlichen Aufgaben für die Seelsorger "in Szenarien militärischer Bedrohung und gewaltsamer Konflikte".



© Urheberrechtlich geschützt

Militärgeneraldekan Thorsten Kirschner, Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr (Archivbild)

Die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland haben laut [Mitteilung](#) in den zurückliegenden Monaten ein "Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall" entwickelt. Laut den Darlegungen erfolgen in dem 26-seitigen Papier die Auswertungen und Einschätzungen der beiden Kirchenverbände nach direkten Gesprächen mit der Bundeswehr. Der Inhalt diene "der Stärkung organisatorischer Resilienz" und soll als "Handreichung für die (Erz-)Diözesen und Landeskirchen" eingesetzt werden.

Mit Blick auf die "anhaltenden sicherheitspolitischen Bedrohungen durch Russland" betonte im Vorjahr die Deutsche Bischofskonferenz, der Zusammenschluss der römisch-katholischen Bischöfe aller Diözesen in Deutschland, in einer [Erklärung](#) zur "Debatte um den Wehrdienst", dass die "Gewährleistung einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit" notwendig sei und "in der aktuellen Situation" deshalb laut der katholischen Kirche "eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft gut begründet erscheint".

Rund ein halbes Jahr später positionieren sich die evangelische und die katholische Kirche geschlossen an der Seite der Bundesregierung in Verbindung mit der andauernden gesellschaftspolitischen Mobilisierung in Deutschland.



In einem 26-seitigen Papier präsentieren die beiden Kirchenverbände für leitende Mitarbeiter folgende Begründung einer Notwendigkeit:

"Alle relevanten Akteure aus Militär, Nachrichtendiensten und Wissenschaft warnen davor, dass Russland bereits vor Ende dieses Jahrzehnts in der Lage sein könnte, NATO-Gebiet anzugreifen."

Damit die Kirchenarbeiter für Tag X mental vorbereitet sind, wurden "Kontextpunkte" erarbeitet, dies in enger Absprache mit der Bundeswehr. So heißt es unter anderem wörtlich:

- Wer übernimmt in Deutschland Verantwortung in den verschiedenen Aufgaben für die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Gesellschaft, wenn die Streitkräfte an der Ostflanke stehen und das Bündnis verteidigen?
- Wie lässt sich gesamtgesellschaftlich ein resilientes Mindset erzeugen?
- Welche Rolle und Aufgabe haben die Religionsgemeinschaften und ihre Seelsorgenden?

In dem Arbeitspapier wird unmissverständlich formuliert, dass die Inhalte sich an dem "Operationsplan Deutschland" des Verteidigungsministeriums orientieren und ausrichten (*RT DE berichtete*). Dazu heißt es ausführend für Kirchenmitarbeiter:

"Die Bundeswehr hat einen Operationsplan Deutschland entwickelt, der kontinuierlich fortgeschrieben wird. [...] Dabei werden Verfahren, Abläufe und Zuständigkeiten festgelegt, um die Bürgerinnen und

Bürger Deutschlands zu schützen und den Einsatz der alliierten Streitkräfte im Grenzgebiet der NATO sicherzustellen."



Weitere argumentative "Hilfestellungen", in Bezug auf die "Herausforderungen für die Seelsorge, erfolgen in dem Arbeitspapier unter den Erklärpunkten "Wehrersatz, Gesundheitsversorgung, Gefallene, Kriegsgefangene, Betreuung und Fürsorge, Fluchtbewegungen, Psychosoziale Unterstützung". Zum Punkt "Kriegsgefangene" heißt es:

"Ebenso ist damit zu rechnen, dass in Deutschland Kriegsgefangene untergebracht werden. Hierbei geht es neben Fragen einer menschenwürdigen Behandlung gemäß den Genfer Konventionen auch um die Frage, wer die Kriegsgefangenen und wer das Wachpersonal seelsorglich begleiten kann."

Durch zu erwartende Truppenbewegungen im Land könne es für die Zivilbevölkerung zu "Einschränkungen in bisher unbekanntem Ausmaß" kommen, die zu "großer Verunsicherung" führen und daher "Betreuungsbedarf generieren" würden. Dazu heißt es:

"Unabdingbar ist die Einrichtung von Krisenstäben jeweils auf landeskirchlicher und diözesaner Ebene. Je nach Größe sowie territorialen und personellen Gegebenheiten kann es auch sinnvoll sein, dass die jeweilige Pfarrei bzw. Gemeindeleitung mit dem Eintritt in den Spannungs- oder Bündnisfall, in jedem Fall aber im Verteidigungsfall einen adäquaten Krisenstab einrichtet."

Offiziell vorgestellt wurde das Dokument laut FAZ-Artikel (Bezahlschranke) nicht, so hätte weder die EKD noch die Deutsche Bischofskonferenz eine offizielle Pressemitteilung zu der Veröffentlichung herausgegeben. Erstmals in den Medien erfolgten Hinweise im März dieses Jahres, so auf der Webseite "Domradio". Der FAZ-Artikel zitiert den evangelischen Militärbischof Bernhard Felmburg zum Thema der Notwendigkeit einer Krisenanleitung:

"Es wäre 'grob fahrlässig, wenn wir in einem Verteidigungsfall nicht handlungsfähig wären'. Daher sei es 'gut und richtig, dieses Konzept jetzt zu haben – auch wenn unser größter Wunsch bleibt, dass es für immer in der Schublade bleiben kann', sagte Felmberg."

Das Fazit der Verantwortlichen für das Arbeitspapier lautet: "Außer Frage steht: Wenn rechtzeitig Vorbereitungen erfolgen, können im Ernstfall Ressourcen besser aktiviert und rascher ausgebaut werden". Fort- und Weiterbildungen würden "die Handlungsfähigkeit" von ehren- und hauptamtlichen Seelsorgenden "im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall sichern".

Zudem würde "Handlungsfähigkeit durch Hospitationen und das Einüben von Haltung gestärkt", so das theoretische Konzept, wie kirchliche Strukturen "vorbereitet, vernetzt und gestärkt werden können, um in Krisenfällen handlungsfähig zu bleiben und den Menschen beizustehen".